

EDITORIAL

❖ Die SPD hat es in diesen Wochen nicht leicht. Bei den letzten Landtagswahlen verfehlte sie in Niedersachsen und Hamburg ihr Ziel, die CDU-geführten Landeskabinette von Christian Wulff und Ole von Beust abzulösen. In Hessen war sie zwar „gefühlter Sieger“, gleichwohl hat die CDU mit Roland Koch trotz herbester Verluste einen hauchdünnen Vorsprung vor der SPD behalten. Die hessische SPD-Vorsitzende Andrea Ypsilanti plante, sich mithilfe der in den neuen Landtag eingezogenen „Linken“ zur Ministerpräsidentin wählen zu lassen. Dazu hatte ihr der SPD-Vorsitzende Kurt Beck freie Hand gegeben. Dies war eine Weichenstellung, die die parteipolitische Landschaft Deutschlands vollständig umpflügen würde. Verhindert hat dies die SPD-Landtagsabgeordnete Dagmar Metzger, die sich dem politischen Druck nicht beugte und sich auf ihre Gewissensfreiheit berief.

Natürlich ist es hoch unerfreulich für die hessische SPD-Führung, so nahe an der Ziellinie zu scheitern. Dass sie bereit war, die Duldung durch die „Linke“ hinzunehmen, obwohl sie im Wahlkampf jegliche Zusammenarbeit, auch eine indirekte, ausgeschlossen hatte, das ist weit mehr als der Bruch eines Wahlversprechens. Es ist eine Täuschung der Wähler. Hier wird die Zusammenarbeit mit einer Partei ins Visier genommen, die ihre Herkunft aus einer Diktaturpartei zu verschleiern sucht und immer wieder das System infrage stellt. Bisher hat die SPD den Zusammenschluss von SPD und KPD in der Sowjetischen Besatzungszone immer als „Zwangsvereinigung“ unter der Regie der sowjetischen Besatzungsmacht dargestellt. Wenn sie heute der SED-Nachfolgepartei die Hand zur Zusammenarbeit reichen würde, dann wäre dies ein Verrat an ihrer eigenen Geschichte. Deshalb war ihre Versicherung der Nichtzusammenarbeit mit der „Linken“ eine strategische Selbstverpflichtung, die die scharfe Trennlinie zwischen der SPD und der Linkspartei markieren sollte. Ihre



Zurücknahme kommt einer politischen Kapitulation der SPD gegenüber der „Linken“ gleich. Insofern ist es nicht verwunderlich, dass die Umfragewerte der SPD weiter sinken und die ihres Vorsitzenden Kurt Beck mittlerweile in den freien Fall geraten sind.

Die innerparteiliche Debatte der SPD über ihren Umgang mit der „Linken“ lassen die unter Gerhard Schröder verdeckten alten Konfliktlinien wieder aufbrechen. Der linke Flügel der SPD drängt zur Kooperation mit der „Linken“, wie sie seit Jahren im Berliner Senat unter Klaus Wowereit schon praktiziert wird. Der rechte Flügel will den Tabubruch nicht hinnehmen und bringt neue Namen für die Kanzlerkandidatur gegen Kurt Beck ins Gespräch. Hier geht es nicht nur um eine inhaltliche Nachbesserung der Hartz-IV-Gesetzgebung oder eine Neubewertung des Afghanistaneinsatzes der Bundeswehr – Themen, mit denen die „Linke“ in die westdeutschen Landesparlamente gelangte –, hier geht es um die Zukunft der SPD als Volkspartei. Der Kern dieser strategischen Auseinandersetzung hat eine Explosionskraft, die zur Abspaltung oder gar Spaltung der SPD führen kann.

Dies alles kann die Union weder als Partner der Großen Koalition noch als Volkspartei gleichgültig lassen. Seit längerer Zeit sinken die kumulierten Anteile der Volksparteien an den Wahlergebnissen und steigt die Wahlenthaltung. Der Einzug der „Linken“ in die Parlamente von Bund, Ländern und Gemeinden bedeutet für die Volksparteien eine weitere Reduktion ihrer Potenziale, für die Konfigurationsmöglichkeiten von Regierungsbündnissen eine zusätzliche Hürde und für die Glaubwürdigkeit der Politik eine neue Belastung. Hier ist die Kunst der politischen Führung durch Geradlinigkeit und Kommunikation gefragt. ❖

Wolfgang Bergdorf